

Südkoreas Kriegsrecht bedroht Demokratie, sagen Protestierende

Proteste in Südkorea gegen die unerwartete Ausrufung des Kriegsrechts durch Präsident Yoon Suk Yeol, die Erinnerungen an autoritäre Vergangenheit weckt und demokratische Werte in Gefahr sieht.

In Südkorea fanden am Mittwoch Kerzenwachen und Proteste statt, nachdem der Präsident überraschend das Kriegsrecht verkündet hatte, was landesweite Empörung und Frustration auslöste. Die Bürger forderten seinen Rücktritt und versammelten sich vor dem Nationalen Versammlungshalle in der Hauptstadt Seoul, während die Oppositionsparteien im Inneren gegen Präsident Yoon Suk Yeol zu einem **Impeachment** ansetzten. Die sechsstündige Erklärung des Kriegsrechts versetzte die viertgrößte Volkswirtschaft Asiens in politische Unsicherheit.

Erinnerungen an Autoritarismus

Vor Ort äußerten sich die Teilnehmer, die mit CNN sprachen, und bezeichneten Yoons Entscheidung – die erste Erklärung des Kriegsrechts seit dem Übergang Südkoreas zur Demokratie in den späten 1980er Jahren – als „Wahnsinn“ und eine „Peinlichkeit“.

Die 64-jährige Mi-rye, die aus Angst vor Repressalien nur mit ihrem Vornamen genannt werden möchte, sprach von der Rückkehr dunkler Erinnerungen an eine schmerzliche, autoritäre Vergangenheit, die durch massenhafte Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen geprägt war. „Ein Gefühl der Angst

überwältigte mich vollständig“, sagte sie nach der Ansprache von Yoon am Dienstagabend. Sie konnte nicht schlafen und reiste von ihrer Heimatstadt Paju in der Provinz Gyeonggi, nahe der Grenze zu Nordkorea, nach Seoul, um „wachsam zu bleiben“.

Die Schatten der Vergangenheit

Mi-rye erinnerte sich an die 1980er Jahre, als Generalmajor Chun Doo-hwan durch einen Putsch an die Macht kam und das Kriegsrecht verhängte. „Die Menschen lebten unter strengen Ausgangssperren“, berichtete sie. „Jeder, der draußen erwischt wurde, wurde ins Samcheong-Umerziehungslager gebracht. Sogar das Verlassen des Hauses zum Rauchen konnte zur Festnahme führen.“ Sie fügte hinzu: „Menschen, die ohne Ausweis auf der Straße waren, wurden festgehalten. Zivilbeamte waren überall stationiert und warteten darauf, die Leute zu fangen.“

Unter Chuns Herrschaft wurden Gegner verhaftet, Universitäten geschlossen, politische Aktivitäten verboten und die Presse erstickt. Fast 200 Menschen wurden 1980 getötet, als Chun das Militär entsandte, um studentische Pro-Demokratie-Demonstrationen zu ersticken.

Angst und Frustration

Der 55-jährige Lehrer Kyung-soo, der in der Nähe der Universität in Gwangju lebt, wo viele Studenten ihr Leben verloren, teilte seine Erinnerungen: „Ich bin in einem Umfeld voller Angst aufgewachsen. Das Kriegsrecht war etwas, das ich tief und persönlich empfand. Sogar gestern hatte ich Angst, dass im Nationalversammlungsgebäude Schüsse fallen könnten.“ Kyung-soo glaubt, dass seine Angst „von der Regierung herrührt, die anscheinend von den Stimmen ihres Volkes disconnected ist.“

„Das Kriegsrecht ist nicht nur eine ferne Erinnerung“, betonte er. „Es ist eine schmerzhafteste Erinnerung daran, wie leicht die

Demokratie bedroht werden kann.“

Die Stimme der Jugend

Diese Botschaft scheint auch bei denjenigen angekommen zu sein, die nur die Demokratie in Südkorea erlebt haben. Die 15-jährige Moon Seo-yeon war entschlossen, an den Protesten in Seoul teilzunehmen. Sie bezeichnete Yoons Erklärung des Kriegsrechts als „Fehler“, der „vollständig an Überlegung mangelte.“ Für Moon stellt das Kriegsrecht nur den neuesten der zahlreichen Unwägbarkeiten dar, die während seiner Amtszeit aufgetreten sind. Sie fühlt, dass es in dieser Zeit keinen Fortschritt gegeben hat.

„Während Yoons Amtszeit gab es viele bedeutende Ereignisse, die entweder schlecht behandelt oder gar nicht angesprochen wurden. Es fühlt sich so an, als gäbe es keinen Fortschritt oder, noch schlimmer, Rückschritte“, erklärte sie und sprach die langsame Reaktion auf die **Halloween-Tragödie** an, bei der mehr als 150 Menschen starben. „Ich mag vielleicht nicht alt oder sehr wissend sein, aber da sich das Land in einem Notstand befindet, möchte ich einen Beitrag leisten, selbst wenn es nur eine kleine Anstrengung ist.“

Politische Turbulenzen und der Weg nach vorn

Jetzt richten sich die Fragen darauf, was als Nächstes kommt, da Yoon mit wachsender Kritik aus verschiedenen politischen Lagern konfrontiert ist, auch innerhalb seiner eigenen Partei. Der Druck auf ihn, zurückzutreten, wächst. Am Mittwochabend begannen die Demonstranten, durch die Innenstadt zu marschieren und forderten seine Festnahme.

Sechs Oppositionsparteien haben einen Gesetzentwurf **eingereicht, um sein Impeachment** zu verlangen. Währenddessen erklärte die größte Oppositionspartei, die

Demokratische Partei, dass sie dabei sei, formelle Pläne für eine **Verratsanklage** gegen den Präsidenten sowie die Minister für Verteidigung und Inneres zu konkretisieren.

Mi-rye, die nach Seoul gereist ist, um an den Protesten teilzunehmen, sagte, sie werde weiterhin protestieren, bis Yoon zurücktritt. „Obwohl es nach der Aufhebung des Kriegsrechts eine gewisse Erleichterung gibt, besteht immer noch die Sorge, dass es erneut verhängt werden könnte“, erklärte sie. „Deshalb bin ich hier.“

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)